

## **Wirtschaftliche Ungleichgewichte überwinden und nachhaltiges Wachstum fördern – Eckpunkte sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik**

Europa befindet sich in der Krise. Es leidet unter Spekulationen, Unsicherheiten und Instabilitäten als Ergebnis ungehemmter Handlungsmöglichkeiten von Großbanken, Fonds und Investmentgesellschaften. Betroffen sind die Stabilität des Euro und der Europäischen Union sowie die Zukunft vieler europäischer Volkswirtschaften und Staaten.

Infolge der internationalen Bankenkrise kam es 2008/2009 zur schwersten Rezession der Weltwirtschaft seit Ende des zweiten Weltkriegs. Durch koordiniertes Handeln der Geld-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik schien es gelungen zu sein, die Krisendynamik zu stoppen und einen noch größeren Rückgang der Wirtschaftsleistung zu vermeiden. Die Turbulenzen um den Euro haben jedoch deutlich gezeigt: Bisher ist keine der tiefer liegenden Ursachen der Krise beseitigt worden. Die einseitige politische Ausrichtung auf verstärkte Sparmaßnahmen lässt vielmehr befürchten, dass sich die wirtschaftlichen Probleme erneut verschärfen werden, zumindest aber eine lange Phase sehr schwachen wirtschaftlichen Wachstums droht. Und nach dem Regierungswechsel in Berlin ist Deutschland auch kein verlässlicher Partner mehr für eine aktive Politik, die dem Treiben der Finanzwirtschaft Einhalt gebieten und die Realwirtschaft stärken will.

Wir fordern deshalb eine grundlegende Neuausrichtung der Finanz- und Wirtschaftspolitik: Wir wollen die Ungleichgewichte abbauen, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, und durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik ein qualitatives Wachstum fördern, das ökologisch verantwortbar ist und dessen Ergebnisse sozial gerecht verteilt werden.

Wir wissen, dass die erforderliche Neuausrichtung der Finanz- und Wirtschaftspolitik gegen mächtige Sonderinteressen durchgesetzt werden muss. Marktradikale Vorstellungen sind trotz ihres theoretischen und praktischen Bankrotts immer noch einflussreich. Die SPD wird sich dadurch nicht beirren lassen und den Kampf um die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler für den notwendigen Kurswechsel aufnehmen.

### **1. Die demokratische Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates stärken**

Unter dem Druck der vielstimmigen neoliberalen Propaganda ist in den vergangenen Jahren die demokratische Gestaltungskraft unseres Staates in schädlicher Weise geschwächt worden. Die Steuereinnahmen sind gesenkt,

die Staatsausgaben drastisch gekürzt worden. Obwohl unser Land immer reicher geworden ist, sind insbesondere unsere Gemeinden unter einen ruinösen Spardruck gestellt worden.

Aus Zeiten der Krise kann sich ein Staat aber nicht herausparen. Er muss durch die Steuerpolitik eine ökonomisch vernünftige und faire Einkommensverteilung ermöglichen und Mittel für den Ausbau und die Erhaltung der Infrastruktur und für zukunftsorientierte Investitionen bereitstellen, von denen positive Wachstumseffekte ausgehen.

Voraussetzung hierfür ist eine solide Finanzierung des Staates auf allen Ebenen. Erforderlich ist eine Steuerreform, die Arbeit und Investitionen begünstigt und gleichzeitig hohe Einkommen und Vermögen deutlich stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Maßnahmen hierzu sind vor allem

- die Einführung einer Finanztransaktionssteuer,
- die Anhebung des Einkommenssteuertarifes im oberen Einkommensbereich,
- eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer und
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Notwendig ist aber auch eine Neuverteilung der Steuereinnahmen. Dabei müssen vor allem die Kommunen und Länder in ihrer Finanzkraft gestärkt werden.

Schließlich benötigen wir zur langfristigen finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme die Mitgliedschaft aller Bürgerinnen und Bürger unter Berücksichtigung aller Einkommensarten in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nach dem Vorbild der solidarischen Bürgerversicherung.

So wird eine antizyklische Haushaltspolitik auf solider Grundlage möglich, mit der die öffentliche Hand auch in Krisenzeiten ihren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden und wichtige Konjunkturimpulse setzen kann.

## **2. Die Finanzmärkte regulieren und das Bankensystem reformieren**

Angesichts der negativen Wirkungen einer ungezügelter und überdimensionierter Finanzwirtschaft muss umgehend eine durchgreifende Regulierung der Finanzmärkte durchgesetzt werden. Stabile und funktionierende Finanzmärkte mit einem ausreichenden und verlässlichen Kreditangebot sind eine grundlegende Voraussetzung, um Investitionen, Innovationen und wirtschaftliches Wachstum zu finanzieren. Der Finanzsektor muss daher vor allem eines sein: ein Diener der Realwirtschaft.

Diese Rolle haben die Finanzmärkte in den zurückliegenden Jahrzehnten jedoch zunehmend verlassen und sich immer mehr verselbstständigt – mit einem katastrophalen Ergebnis.

Durch konzertierte Stabilisierungsmaßnahmen ist es gelungen, einen regelrechten Kollaps der Finanzmärkte zu verhindern. Jetzt gilt es, die Banken und die anderen Finanzmarktakteure in die Verantwortung für die enormen Kosten der staatlichen Rettungsmaßnahmen zu nehmen. Eine Finanztransaktionssteuer ist hierfür die richtige Lösung. Zugleich müssen mit Blick in die Zukunft konsequent Strukturreformen durchgesetzt werden, damit sich eine solche Finanzmarktkrise nicht wiederholt und die Finanzmarktakteure wieder auf ihre gesellschaftliche Funktion als Diener der Realwirtschaft ausgerichtet werden. Dabei sind zum einen Vorkehrungen zu treffen, dass zukünftig die Allgemeinheit nicht mehr mit Verlusten der Finanzmarktakteure belastet wird. Hierzu zählt neben der Finanztransaktionssteuer der Aufbau eines hinreichend großen Rettungsfonds aus Eigenmitteln der Banken, um Schieflagen oder drohende Insolvenzen selbst großer Kreditinstitute aufzufangen. Hinzutreten muss aber auch eine Regelung, die Fremdkapitalgeber in die Pflicht nimmt und im Insolvenzfall die Forderungen institutioneller Gläubiger in Beteiligungen an den betreffenden Instituten umwandelt.

Zum anderen sind Reformen umzusetzen, die vor allem der Spekulation und der überbordenden Gier und Risikomentalität in den Finanzmärkten entgegenwirken und die Markttransparenz erhöhen. Hierzu zählen unter anderem:

- die Einführung strikter Regeln für die Bonussysteme,
- die Eindämmung des Angebots an hoch riskanten Finanzprodukten und Derivaten bis hin zu deren Verbot,
- die Schaffung von demokratisch kontrollierten, öffentlich-rechtlichen europäischen Rating-Agenturen, die unabhängig von den Finanzinstitutionen handelt,
- die verstärkte Eigenkapitalbildung und Eigenkapitalunterlegung bei allen Geschäftsrisiken der Banken sowie
- die aufsichtsrechtliche Kontrolle aller Finanzmarktakteure, also auch von Hedge Fonds und Private Equity-Fonds.

Um zu verhindern, dass für die Verbraucher weiterhin jährlich Schäden zwischen 20 und 30 Milliarden Euro durch Schlecht- und Falschberatung entstehen, bedarf es einer nachhaltigen Stärkung des Verbraucherschutzes auf den Finanzmärkten. Diese darf sich nicht in rechtlichen Vorschriften erschöpfen. Notwendig sind ein effektives Frühwarnsystem, das problematische Finanzprodukte und unseriöse Geschäftspraktiken schon im Ansatz erkennt und aufzeigt, eine stärkere Verankerung des Verbraucherschutzes in der Finanzaufsicht sowie ein Ausbau der Honorarberatung. In der Beratung zu Finanzdienstleistungen dürfen nicht Provisionen, sondern müssen

die Wünsche und Interessen der Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Notwendig ist deshalb auch ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen, bei denen sich Kreditnehmer, Geldanleger und Versicherte unabhängig und anbieterneutral beraten lassen können. Zur Finanzierung dieses Netzes müssen die Anbieter künftig einen spürbaren Beitrag leisten.

### **3. Soziale Ungleichheit reduzieren – Binnennachfrage stärken**

Die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen hat in den zurückliegenden Jahren stark zugenommen. Bei den Einkommen lässt sich sowohl ein deutlicher Rückgang des Anteils der Löhne am Volkseinkommen beobachten, als auch ein zunehmender Abstand zwischen hohen und sehr niedrigen Löhnen. Vor allem durch die negative Einkommensentwicklung in den unteren Einkommensgruppen haben nach den Feststellungen der OECD in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut sogar stärker zugenommen als in jedem anderen entwickeltem Industrieland.

Einer wachsenden Verschuldung in der untersten Einkommensgruppe steht zugleich eine zunehmende Konzentration des Vermögens gegenüber. Während nahezu die Hälfte der erwachsenen Bundesbürger per Saldo kein Vermögen besitzt, verfügen allein die reichsten zehn Prozent über nahezu zwei Drittel des Netto-Vermögens in Deutschland.

Angesichts dieser sozialen Zerrüttung unserer Gesellschaft ist es eine vorrangige Aufgabe, wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Erforderlich ist eine Arbeitsmarktpolitik, die darauf ausgerichtet ist, der zunehmenden Lohnungleichheit, dem Lohndumping und den prekären Beschäftigungsformen entgegenzuwirken, leistungsfähige Belegschaften durch Arbeitszeitpolitik, Kurzarbeit und Weiterbildung zusammenzuhalten und das Normalarbeitsverhältnis wieder zu stärken. Nur so kann sich dann auch eine Lohnpolitik entfalten, die die Verteilungsspielräume des wirtschaftlichen Wachstums ausschöpft und damit die binnenwirtschaftliche Nachfrage stärkt. Angesichts der Tendenzen zu einem Lohnsenkungswettlauf im EU-Binnenmarkt braucht die EU eine europaweit abgestimmte Lohnpolitik. Hierbei fällt Deutschland, das den Wettbewerb um niedrige Lohnkosten in den letzten Jahren in erster Linie angetrieben hat, eine besondere Rolle zu.

Zuwandernde Unternehmen und Arbeitskräfte müssen konsequent an unsere Arbeitsbedingungen gebunden werden. Das gilt erst recht, wenn ab dem nächsten Jahr vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Wir müssen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene Regelungen gesetzlich festschreiben, um den Missbrauch in der Leiharbeit, insbesondere durch nationales und grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. Dafür sind ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn und verbindliche Mindeststandards für Arbeitsbedingungen die richtigen Mittel. Schließlich ist die Vergabe öffentlicher Auf-

träge von der verbindlichen Beachtung sozialer und ökologischer Belange abhängig zu machen.

Die Ungleichheit ist nicht nur im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit nicht hinnehmbar. Sie ist – was vielfach übersehen oder gar verdrängt wird – ein zentrales Problem für die wirtschaftliche Entwicklung. Die insgesamt schwache Entwicklung und zunehmende Lohnungleichheit schwächt die binnenwirtschaftliche Nachfrage und damit auch das binnenwirtschaftliche Wachstum. Es ist deshalb auch wirtschaftspolitisch ein Gebot der Vernunft, die gestiegene Ungleichheit und Polarisierung bei Einkommen und Vermögen zurückzubilden.

#### **4. Wirtschaftliche Ungleichgewichte durch Investition und Wachstum überwinden**

Das deutsche Wirtschaftswachstum, das deutlich unter dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt, ist zu gering, um ein ausreichendes Beschäftigungswachstum zu ermöglichen. Dies lähmt insbesondere auch die privaten Investitionen, deren Anteil an der Wirtschaftsleistung sich in den letzten Jahren verglichen mit dem vorausgegangenen Jahrzehnt mehr als halbiert hat. Heute gehört Deutschland zusammen mit Japan zu den OECD-Ländern mit der niedrigsten Nettoinvestitionsquote.

Der hauptsächliche Grund für die Wachstums- und Investitionsschwäche liegt in der chronisch schwachen Binnennachfrage in Deutschland. Diese wiederum ist vor allem der zu niedrigen Lohnquote sowie der im internationalen Vergleich extrem niedrigen Investitionsquote des Staates geschuldet.

Da die deutsche Ersparnis infolge der schwachen Binnennachfrage nicht genügend Anlagemöglichkeiten findet, weicht sie ins Ausland aus. Von den 1,3 Billionen Euro deutsche Gesamtersparnis der Jahre 2002 bis 2008 sind 60% ins Ausland geflossen – und dort wiederum überwiegend in Finanzinvestitionen. Wie viele dieser Ersparnisse im Strudel der Finanzkrise verloren gegangen sind, ist noch unbekannt.

Die Nachfrageschwäche im Inland und die dafür verantwortlichen niedrigen Einkommenszuwächse waren der wesentliche Grund dafür, dass die traditionell exportstarke deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren ihre internationale Wettbewerbsposition weiter stärken konnte. Dies macht sie nun einerseits anfälliger für internationale Wirtschaftskrisen. Andererseits haben die hohen Außenhandelsüberschüsse, die Deutschland in der Kombination aus massiven Exportsteigerungen und nachfragebedingt schwacher Importentwicklung erwirtschaftet hat, maßgeblich zu den Ungleichgewichten im internationalen Handel und vor allem auch im europäischen Wirtschaftsraum beigetragen.

Diese Ungleichgewichte in der deutschen Wirtschaftsentwicklung bedürfen dringend einer Korrektur. Wir streben eine Wirtschaftsentwicklung im Gleichgewicht an – zwischen Lohn- und Gewinnentwicklung, zwischen Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft und zwischen Investitionen und Ersparnissen. Deutschland muss seine einseitige Exportstärke ergänzen und auf zukunftsfähige Sektoren konzentrieren. Gleichzeitig müssen vor allem die Wachstumskräfte der Binnenwirtschaft und insbesondere die Entwicklung der Dienstleistungen gestärkt werden. Zur Sicherstellung eines angemessenen Investitionsniveaus wollen wir eine neue Investitionspolitik gestalten.

## **5. Eine neue soziale und ökologische Investitionspolitik gestalten**

Wirtschaftliche Wachstumsfelder und die Lösung zentraler Zukunftsaufgaben müssen in Übereinstimmung gebracht werden. Der unabweisbare ökologische Umbau unserer Gesellschaft (insbesondere: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Wohnungswesen) sowie der notwendige Ausbau der sozialen Infrastruktur (insbesondere: Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Gesundheit) benötigt sehr große Investitionsanstrengungen, die der Markt nicht selbsttätig leisten wird. Der Staat muss ein verlässliches, langfristiges Konzept zum Umbau unserer Infrastruktur entwickeln, in das sich private und öffentliche Investoren einfügen können.

Angesichts der demografischen Entwicklung kommt dem Bereich Gesundheit und Pflege nicht nur ein hoher gesellschaftspolitischer Stellenwert zu, sondern er kann auch besondere Dynamik als Job-Motor und Initiator wirtschaftlicher Entwicklung entfalten. Öffentliche Infrastrukturinvestitionen führen hier zu Folgeinvestitionen, von innovativer Medizintechnik bis zu personengebundenen Dienstleistungen, die als relativ konjunkturunabhängige Wirtschaftsleistungen auch in erheblichem Umfang zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen.

Damit die öffentlichen Haushalte ihrer Verantwortung als „Investitionsmotoren“ gerecht werden können, müssen sie finanziell wieder angemessen ausgestattet werden. Allerdings können sie auch dann den Investitionsbedarf keinesfalls alleine finanzieren. Ein Ziel öffentlicher Infrastrukturpolitik muss es sein, private Investitionen zu mobilisieren und zu lenken. Gleichwohl ist es nicht vorstellbar, dass diese Aufgabe allein von privaten Unternehmen bewältigt wird.

Deshalb schlagen wir neben einer „investitionsfreundlichen“ Weiterentwicklung des Steuerrechts die Gründung eines Zukunftsfonds zur sozialen und ökologischen Erneuerung Deutschlands vor, der sich über Anleihen auf dem Kapitalmarkt - auch über niedrig verzinsliche Zwangsanleihen - finanziert. Er soll die strategischen Infrastrukturinvestitionen vorleisten, die nötig sind, um das rechtzeitige Nachziehen privater Investoren zu gewährleisten.

Dieser Zukunftsfonds soll nach den Vorgaben des Staates den Prozess der ökologischen Erneuerung Deutschlands koordinieren und kontrollieren. Seine Aufgaben und Arbeitsweise bestimmt der Gesetzgeber. An seiner Lenkung sollen Bund, Länder, Unternehmen und Gewerkschaften paritätisch beteiligt werden, auf Landesebene Land, Gemeinden, Unternehmen und Gewerkschaften.

## **6. Qualifizierungsoffensive starten**

Die bestmögliche Qualifizierung unserer Arbeitnehmer ist die Quelle unseres zukünftigen Wohlstandes. Sowohl für innovative und technologisch anspruchsvolle Exportsektoren als auch für die Verbesserung unserer nationalen Infrastrukturen, der Logistik- und Versorgungssysteme sowie der gewerblichen Wirtschaft wird Qualität, Innovation und Leistungskraft von weiter wachsender Bedeutung. Dazu braucht Deutschland nicht nur hoch qualifizierte Spitzenkräfte sondern vor allem gute Schul- und Ausbildung für die große Mehrheit der Bevölkerung. Ein gerechteres und nachhaltiges Bildungssystem, das allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Bildungschancen bietet, ist deshalb in Zukunft für die Entwicklung von Beschäftigung, Lebensbedingungen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit von hoher Bedeutung.

Notwendig ist die Ausschöpfung der in allen Schichten der Bevölkerung vorhandenen "Bildungsreserven" durch eine integrierte Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die von der Kindergrippe über den Kindergarten, die Schulen, eine Berufsausbildung oder dem Studium an einer Hochschule für gleiche Bildungs- und Lebenschancen sorgt. Die Entwicklung der Kinder aus bildungsbenachteiligten Schichten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung, ein längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen sowie neue Zugänge zur Berufsausbildung und zum Studium gezielt gefördert werden.

Verfassungsrechtliche Hürden, die einer engeren Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden in bildungspolitischen Fragen entgegenstehen, sind zu beseitigen. Die Ausbildungsverpflichtung der Arbeitgeber ist gesetzlich zu regeln.

Bildung erfordert hohe staatliche Aufwendungen. Deutschland liegt bei den Bildungsaufwendungen im OECD-Vergleich noch immer abgeschlagen auf den unteren Rängen – wie auch beim Vergleich des staatlichen Steueranteils insgesamt. Wir müssen den Wählern und der Öffentlichkeit bewusst machen: Deutschland muss seine staatlichen Bildungsaufwendungen deutlich erhöhen, um eine zukunftsgerechte Qualifizierung der Arbeit zu ermöglichen.

## **7. Wirtschaftspolitik europäisch und international koordinieren**

Die Finanzmarktkrise und insbesondere die dadurch ausgelösten Instabilitäten in der Euro-Zone zeigen, dass die Währungsunion allein nicht ausreicht, sondern endlich ergänzt werden muss um eine abgestimmte und koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union. Die hohe Verschuldung einzelner Mitgliedsländer stellen sicher eine ökonomische Belastung dar, das Kernproblem der europäischen Währungsunion liegt allerdings in den Ungleichgewichten der Handels- und Leistungsbilanzen- und damit der unterschiedlichen Wirtschaftskraft - der Mitgliedsländer. Ein Wettlauf um niedrigere Staatsausgaben, niedrigere Sozialleistungen und niedrigere Lohnkosten würde zudem das wirtschaftliche Wachstum im gesamten europäischen Raum weiter schwächen. Während die Defizitländer nicht um verstärkte Sparmaßnahmen herumkommen werden, müssen deshalb die Überschussländer – und hier vor allem Deutschland – eine expansivere Politik betreiben und über eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage Wachstumsimpulse geben. Im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die gemeinsamen Wachstumsziele deshalb neu zu definieren.

Im internationalen Bereich bedarf es zudem insbesondere auf zwei Feldern der verstärkten und besseren Kooperation. Zum einen müssen wirksame Vereinbarungen getroffen und gleichlaufende Politiken verfolgt werden, um die Auswüchse des Finanzmarktkapitalismus zu beschneiden und den Finanzsektor wieder zum Diener der Realwirtschaft zu machen. Zum anderen gilt es, den Umbau der Wirtschaft voranzutreiben, um die Herausforderungen der globalen Energie-, Rohstoff- und Wasserknappheiten und insbesondere des dramatisch fortschreitenden Klimawandels zu meistern. Deutschland und die EU müssen hier eine Vorreiterrolle einnehmen und eine konsequente Politik zur Umstrukturierung der Produktionsstruktur in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und Klimaschutz betreiben.

## **8. Gemeinwohlorientierung und Demokratie in der Wirtschaft stärken**

Erfolgreiche Wirtschaft braucht Demokratie. Diese Grundauffassung der Sozialdemokratie hat sich gerade in dieser Krise nicht nur als politisch geboten, sondern auch als ökonomisch nützlich erwiesen. Die einseitige Orientierung am Shareholder Value hat im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ihre Untauglichkeit als volkswirtschaftlicher Steuerungsmechanismus unter Beweis gestellt. Renditewahn und kurzfristige Gewinnmaximierung dürfen nicht mehr die Handlungsmuster und Zielkategorien in unserem Wirtschaftssystem bestimmen.

Wir wollen durch eine Betonung von Gemeinwohlverpflichtung und eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte die Marktwirtschaft wieder vom Kopf „auf die Füße stellen“. Dazu gehört neben dem Ausbau der Unterneh-



mensmitbestimmung auch eine Verankerung der Verpflichtung von Vorständen gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der Allgemeinheit im Aktienrecht sowie die Begrenzung von Bonuszahlungen. Außerdem soll ein verpflichtender Katalog von zustimmungspflichtigen Gesetzen in das Aktienrecht aufgenommen werden. Wichtige Entscheidungen wie Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Massenentlassungen, sollen dabei künftig von einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat abhängen.

**Angenommen und weitergeleitet an den außerordentlichen  
Bundesparteitag am 26. September 2010.**